

## **ANMERKUNG:**

Am 25. Januar 2006 beschloss die Parlamentarische Versammlung des Europarats eine Entschließung zur Verurteilung der »massiven Menschenrechtsverletzungen unter totalitären kommunistischen Regimes«. Allerdings verfehlte eine Empfehlung mit 99 zu 42 Stimmen die nötige Zweidrittelmehrheit, mit der die einzelnen Regierungen der 46 Mitgliedsländern des Europarats aufgefordert werden sollten, eine ähnliche offizielle Erklärung abzugeben und rechtliche Schritte gegen Einzelpersonen einzuleiten, die unter kommunistischer Herrschaft in Verbrechen verwickelt sein könnten. Daher heißt es zutreffend in einem Protestschreiben des Kommunistischen Jugendverbands Portugals an den tschechischen Botschafter vom 5. Jan. 05 (<http://www.jcp-pt.org/news.php?id=6&categoria>); “Dieser Anschlag auf den KSM resultiert aus einer von der EU gedeckten umfassenderen Kampagne gegen die kommunistische Bewegung in der Tschechischen Republik und in Osteuropa. Dieser antidemokratische und antikommunistische Kreuzzug, der mit antiterroristischen Zwecken bemäntelt wird, verfolgt das Ziel, kommunistische Menschen und ihre Aktivitäten zu kriminalisieren und diese gleichzeitig mit den abscheulichen Verbrechen des Nazi-Faschismus zu vergleichen. (...) Die Attraktivität der sozialistischen und kommunistischen Ideal beunruhigt alle EU-Regierungen, weil sich dadurch die Jugendlichen Europas der kapitalistischen Verbrechen bewusst werden.“

Bei der IWF/Weltbank-Tagung in Prag im September 2000 kam es unter brutalem Polizeieinsatz 10 Tage lang zu Protestveranstaltungen. Die größte der Demonstrationen mit 5000 vorwiegend jugendlichen Teilnehmern aus ganz Europa und der Türkei wurde von Josef Gottwald vom KSM geleitet. (The Guardian v. 4. Okt. 2000)